

Welche Ziele verfolgen TTIP-Befürworter: „Marktkonforme“ Demokratie nach innen und weltweite Vorherrschaft nach außen!

TTIP und CETA sind EU-weit einer breiten Protestbewegung ausgesetzt. Von kirchlichen Kreisen angefangen über Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbände, Gebiets- und kommunale Körperschaften, NGOs bis hin zu politischen Parteien und nicht zuletzt dem Netzwerk Blockupy.

Wer aber will diese Verträge unbedingt?

- Arbeitgeber- und Industrieverbände
- die EU-Kommission
- die Bundesregierung
- im EU-Parlament:
 - ▶ alle Parteien der EVP-Fraktion (Christdemokraten)
 - ▶ die Allianz der Liberalen und Demokraten für

Worum geht es also den Befürwortern im Wirtschaftsraum EU - USA wirklich?

Der neoliberale Vordenker Friedrich August von Hayek hat schon Ende der 1930er Jahre die Volkssouveränität und die demokratische Kontrolle über die Wirtschaftspolitik als „Weg in die Knechtschaft“ bezeichnet. Als Ausweg empfahl er, internationale Verträge, die die öffentliche Kontrolle über die Wirtschafts- und Sozialpolitik unterbinden sollen.

Nach innen geht es bei den Abkommen CETA und TTIP um genau das, was von Hayek beschreibt.

Es geht aber noch um sehr viel mehr – um weltweite Vorherrschaft!

Der **Deutsche Industrie- und Handelskammertag** positioniert sich so: „Verstärken die USA und EU im Rahmen des TTIP ihre Zusammenarbeit bei Normen, Regeln und Standards, ist dies wegweisend für den Welthandel – andere Länder hätten einen starken Anreiz, diese Standards zu übernehmen und somit den Handel weltweit zu vereinfachen.“

Das hat was! Eine Freihandelszone EU – USA würde derzeit einen Wirtschaftsraum umfassen in dem **50 %** des Bruttosozialprodukts der Welt erwirtschaftet wird von **8 %** der Weltbevölkerung

Europa (deutsches Mitglied: FDP)

- ▶ die Europäischen Konservativen und Reformer (deutsches Mitglied: AfD)
- ▶ Die Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten ist gespalten. Die SPD steht dabei grundsätzlich auf der Befürworterseite

Warum?

Uns, dem „gewöhnlichen“ Wahlvolk, versprechen die Befürworter – wie immer, wenn es gegen unsere Interessen geht – Wachstum, Arbeitsplätze und Wohlstand für alle. Die dafür vorgebrachten Argumente sind aber weitgehend von ausgewiesenen Experten widerlegt.

Nach innen bedeuten die Abkommen eine Kampf-ansage

- gegen demokratische Rechte,
- gegen die letzten Bereiche, die noch nicht dem Wettbewerbsrecht unterliegen,
- gegen eine am Gemeinwohl orientierte Wirtschaftspolitik,
- für die Durchsetzung von Gewinn und zukünftiger Gewinnerwartung, selbst um den Preis, demokratische Prinzipien aufzugeben, die soziale Gerechtigkeit zu gefährden und nachhaltige Wirtschaftsweisen zu vernachlässigen.

Und wer da mitmischen will, wird sich – wohl oder übel – den dort herrschenden „Standards anpassen“ müssen. Man kann es auch anders ausdrücken: Das ist die Fortsetzung der bis heute nachwirkenden Kolonialstruktur der Welt mit anderen Mitteln: Wer nicht zu den führenden Industrieländern des Westens gehört, dem soll nichts anderes übrigbleiben, als sich zu unterwerfen!



TTIP-Befürworter behaupten immer wieder, der Westen müsse seine Standards weltweit stärken, um gegenüber Ländern wie China oder Indien in Sachen Umwelt und Demokratie die besseren Regeln durchzusetzen. Ein Blick auf die zentralen handelspolitischen Anliegen von EU und USA in den vergangenen Jahren bestätigt diese These jedoch nicht. Es ging durchweg nicht um bessere Regeln für Umwelt und Demokratie, sondern darum, die Macht und Handlungsmöglichkeiten der transnationalen Konzerne zu vergrößern und demokratische Gestaltungsspielräume einzunengen. Der Westen setzt die Freihandelsabkommen ein, um widerspenstige Schwellenländer und sonstige

„nicht-marktkonforme Demokratien“ zu dominieren. (Gabriela Simon, Mit TTIP gegen den Rest der Welt).

Mit den in CETA und TTIP enthaltenen Regeln zum Schutz von Investitionen und von „zukünftigen Gewinnen“ mit den Regeln der Investor-Staat-Schiedsverfahren (ISDS) werden transnationale Unternehmen zu völkerrechtlichen Subjekten aufgewertet, ohne an die Pflichten des Völkerrechts, beispielsweise die Förderung der Menschenrechte, gebunden zu sein. Mit CETA und TTIP kommt es zu einer globalen Machtverschiebung zugunsten der Konzerne. Konzerninteressen werden zu weltweit gültigen Leitlinien politischer Gestaltung ohne demokratische Legitimation.

Einige Blicke auf die Auswirkungen

Nahrungsmittelproduktion

„Wenn wir bei Freihandelsabkommen das Essen wie eine normale Ware behandeln, sind zukünftige Hungerkrisen vorprogrammiert.“ (Valentin Thurn)

Das aber ist genau beabsichtigt. Der Schutz regionaler bäuerlicher Landwirtschaft – unbestritten die Grundlage weltweiter Ernährungssicherheit – stellt im Sinne der Freihandelsabkommen nichts anderes dar als ein Handelshemmnis. Die Konsequenz wäre, dass durch die Einfuhr hochsubventionierter Agrarprodukte aus den USA oder der EU die jeweils heimische bäuerliche Landwirtschaft noch weiter ruiniert wird, mit verheerenden Folgen für die Entwicklungsländer.

In der WTO war zu viel lästige Demokratie

Da die demokratischen Entscheidungsprozesse der WTO immer weniger im Sinne der EU und der USA

verlaufen, versuchen diese, ihre Vorstellungen über bilaterale Handelsabkommen durchzusetzen. Auf diesem Weg ist es für die EU oder USA einfacher, mit ihrer großen Wirtschaftsmacht einzelne Länder gefügig zu machen. Einige Erfolge gibt es bereits. So konnte die EU in einer langjährigen Auseinandersetzung und mit harten Erpressungsmethoden die Gruppe der wirtschaftlich schwachen AKP-Staaten (Länder in den Regionen Afrika, Karibik, Pazifik) zwingen, „Wirtschaftspartnerabkommen“ (EPA) zu unterzeichnen. Darin wird die Privatisierung von öffentlichen Dienstleistungssektoren (u. a. Wasserversorgung, Gesundheitsvorsorge) genauso geregelt wie ein umfassender Investorenschutz mit privaten Schiedsgerichten (ISDS), der es Investoren ermöglicht, Staaten auf entgangene Gewinne zu verklagen.

Fazit

Nach außen bedeuten die geplanten Freihandelsabkommen eine Kampfansage des von den USA angeführten westlichen Machtblocks gegen den „Rest der Welt“! Dies wird in strategischen und geopolitischen Stellungnahmen der G7-Staaten deutlich ausgesprochen.

Alternativen?

- Die UNCTAD (UN-Wirtschaftsorganisation) hat das Thema der sozialen und ökologischen Orientierung von Investitionsabkommen zu einem Schwerpunkt gemacht. Erste konkrete Vorschläge für die Ausgestaltung solcher Abkommen hat die UNCTAD in ihrem „World Investment Report“ von 2012 formuliert - beispielsweise den Ausschluss von Schiedsgerichten oder die Aufnahme menschenrechtlicher oder umweltrechtlicher Verpflichtungen in den Vertrag.
- In Europa haben mehr als 50 zivilgesellschaftliche Organisationen ein Alternatives Verhandlungsmandat (ATM) für die EU-Kommission formuliert. Sie wollen erreichen, dass sich Handels- und Investitionsverträge nicht an Freihandel und Investorenschutz orientieren, sondern an Zielen wie nachhaltiges Wirtschaften, Menschenrechtsschutz, Verbraucherschutz und Ernährungssouveränität, um nur einige zu nennen. Gefordert wird unter anderem, öffentliche Dienstleistungen von Handelsverträgen generell auszuschließen und finanzielle Stabilität zum öffentlichen Gut zu erklären.